

6. Wahlperiode – 10. Sitzung

Tagesordnungspunkt 2

„Der Tillich-Brief ans schwedische Parlament – Welche Rolle spielt die Staatsregierung beim Vattenfall-Kohleausstieg?“

Aktuelle Debatte, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

12. März 2015

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Lippold, ich beneide Sie echt um Ihre Weltsicht, ganz ehrlich. Es ist schön einfach, sich hier vorn hinzustellen und zu sagen: Die Staatsregierung ist von Vattenfall gesteuert. Sie will Unternehmensgewinne maximieren, weitere Ortschaften plattmachen und bis ans Ende aller Tage die böse, dreckige Braunkohle weiter verstromen. Es ist schön einfach, sich hier vorn hinzustellen und zu sagen: Alles Dreckschleudern, Umweltverschmutzung – sofort abschalten! Es ist schön einfach, sich hier vorn hinzustellen, den großen Umweltretter zu spielen und laut „Skandal!“ zu rufen.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Die Welt und auch die Welt in unserer schönen Lausitz sieht etwas komplizierter aus. Das sage ich Ihnen als jemand, dessen halbe Familie in der Lausitz lebt und dort seit Generationen zu Hause ist. Genau aus der Haltung dieser Regionen heraus habe ich diesen Brief der Ministerpräsidenten Woidke und Tillich gelesen. Der Brief beschreibt eine Region, die wie keine andere in Sachsen in den letzten Jahren und Jahrzehnten von einem Struktur- und Kulturwandel geprägt wurde. Das blenden Sie vollkommen aus, liebe Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Genauso blenden Sie aus, dass in Sachsen mittlerweile eine Koalition aus CDU und SPD regiert. Sagen Sie mal in Ihrer Pressestelle Bescheid: Die FDP ist nicht mehr im Landtag vertreten.

(Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Mittlerweile ist die SPD in der Koalition. Die SPD regiert in Sachsen. Das ist gut für die erneuerbaren Energien, für den Umweltschutz und den Klimawandel bei uns in Sachsen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Valentin Lippmann, GRÜNE: Sagen Sie das Ihrem Koalitionspartner!)

Ich frage Sie: Wo liegt Ihre eigene Verantwortung für eine Region mit 500 000 Einwohnern, 40 000 Arbeitsplätzen in der Energieversorgung, mit einem Unternehmen im Besitz des schwedischen Staates für die Bürgerinnen und Bürger in unserem schwedischen Nachbarland? Dazu sage ich Ihnen ganz ehrlich: Sie hatten die Möglichkeit, die Verantwortung wahrzunehmen in Ihren Koalitionsverhandlungen mit der CDU.

(Beifall bei der CDU)

Da hätten Sie etwas tun können für Klimaschutz, Umweltschutz und die Energiewende in Sachsen.

(Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Sie haben gekniffen, Herr Kollege. Sie haben gekniffen und diese Verantwortung nicht wahrgenommen. Da kommen Sie nicht heraus.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Sie lassen jetzt die anderen die Arbeit machen und machen es sich auf der Oppositionsbank bequem.

(Heiterkeit bei der SPD und der CDU – Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben eine ganz klare Haltung. Wir übernehmen Verantwortung für Land und Leute. Aus diesem Grund stimmen wir uns ganz eng mit dem größten Energieversorger, mit dem größten Akteur in der Energiewende, mit Vattenfall, ab. Es ist ganz normal, dass man in diesem Abstimmungsprozess – das ist bei uns im Sächsischen Landtag genauso normal wie im Schwedischen Reichstag – etwas schriftlich festhält. Sie hätten an dem Brief mitschreiben können, aber das haben Sie nicht.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Sie sind vor dieser Verantwortung weggerannt, Sie haben gekniffen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Wir als Sozialdemokraten stellen uns der Verantwortung für Land und Leute. Aus diesem Grund, lieber Herr Kollege Lippold – wie vielleicht viele von uns –, habe ich für diese Schlaumeierhaltung überhaupt kein Verständnis – null! Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Frau Kollegin Pinka, ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie als Ministerpräsidentin eine gute Wahl wären.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Natürlich! – Weitere Zurufe von den LINKEN: Na klar!)

In einem bin ich mir aber sicher: Wenn Sie einen Brief an das schwedische Parlament schrieben, würde ich gar nichts mehr verstehen.

(Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Das ist der Unterschied zwischen uns! – Heiterkeit und Beifall bei den LINKEN)

Ich bin mir auch ganz sicher, dass es mit unseren Genehmigungsverfahren hier in Sachsen besser klappen würde. Vielleicht ist das auch die Motivation für Ihren Vortrag gewesen. Es ist schon viel gesagt worden, aber ich möchte in der zweiten Runde noch einmal auf die Grundintention der GRÜNEN eingehen, wie sie sich aus meiner Sicht darstellt. Die GRÜNEN wollten ein energie- bzw. umweltpolitisches Thema hochziehen und sich an dem abarbeiten, was gerade in der Lausitz passiert. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn ich mit dieser Haltung und dieser Argumentation in den Lausitzer Wahlkreisen unterwegs wäre und so mit meiner Verwandtschaft spräche – ich bin zwar Chemnitzer, aber mit dem zweiten Herzen auch Lausitzer –, würde man mir dort die Ohren lang ziehen.

(Alexander Krauß, CDU: Die GRÜNEN werden dort auch nicht gewählt!)

Wie bitte?

(Alexander Krauß, CDU: Die GRÜNEN werden bloß in den Großstädten gewählt, in der Lausitz überhaupt nicht!)

Es lohnt sich an dieser Stelle, noch einmal in unseren Koalitionsvertrag, in unsere „Bibel“ hineinzuschauen.

(Valentin Lippmann, GRÜNE: Bilden Sie jetzt eine Glaubensgemeinschaft?)

Das wird in den nächsten fünf Jahren vielleicht auch Ihre Bibel werden. Das können wir Ihnen nicht ersparen. Unsere Koalition hat klare Aussagen zu den erneuerbaren Energien, zum Klimawandel und zur Energiewende getroffen. Ich möchte Ihnen fünf Punkte vortragen, auch wenn es Ihnen schwerfällt, zuzuhören. Das sind aber wichtige Vorhaben unserer Koalition. Wir wollen die Netzinfrastruktur ausbauen. Unsere Netze sollen fit gemacht werden, damit auch in Sachsen noch mehr erneuerbare Energien bis zur Steckdose gebracht werden können. Wir wollen die Windkraft ausbauen. Es bedarf einer flexiblen Abstandsregelung. Sie alle kennen die Diskussion darüber aus der Zeit der vorherigen Koalition. Wir wollen Forschung und Entwicklung stärken.

Dazu brauchen wir die Braunkohle. Es ist unser Ziel, stärker auf deren stoffliche Nutzung zu setzen. Insofern sind wir darauf angewiesen, dass noch etwas aus der Erde geholt wird. Wir wollen die Energieeffizienz verbessern. Für uns ist jede Kilowattstunde, die nicht verbraucht wird, ein Beitrag zum Klimaschutz und zur Energiewende. Auch dieses Ziel stellt uns vor große Herausforderungen. Wir sehen Energiepolitik als ganzheitliche Aufgabe an, die zum Beispiel auch die Mobilität betrifft. Wir setzen auf den öffentlichen Personennahverkehr; darüber haben wir gestern diskutiert. Neue Mobilitätskonzepte sind zu entwickeln. Die Elektromobilität ist ebenso zu fördern wie der Radverkehr. Zu diesen Themen finden Sie große finanzielle Brocken im Haushalt.

Auch zur Braunkohle enthält unser Koalitionsvertrag klare Aussagen: Der Anteil der erneuerbaren Energien soll bis zum Jahr 2025 45 % und bis zum Jahr 2035 60 % erreichen. Das sind riesige Herausforderungen – für die Bürger, für die Kommunen, für die Lausitz, für die Energiewirtschaft, für das gesamte Land. Wir wollen diese Ziele zum Beispiel dadurch erreichen, dass wir Windkraft und Fotovoltaik ausbauen. Wir setzen auf dezentrale Stromversorgung. Meine Kollegin Petra Zais nimmt Sie gern mit nach Chemnitz. An unserem Brühl gibt es schon ein großes „Leuchtturmprojekt“. Der erneuerbare Strom wird vor Ort produziert und direkt bis zur Steckdose der Haushalte gebracht, die sich im Umkreis von wenigen Hundert Metern befinden. Wir setzen auf neue Mobilitätskonzepte; das sagte ich bereits.

Am Ende des Tages geht es auch darum, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Für uns ist die Bürgerbeteiligung an der Energiewende sehr wichtig. Daher setzen wir als Koalition auf einen neuen Energiedialog. All das sind aus unserer Sicht riesige Herausforderungen für die Lausitz. Diesen Herausforderungen stellen wir Sozialdemokraten uns, nicht nur in der Koalition. Vertreter der GRÜNEN waren in Schweden und haben sich mit ihrer Schwesterpartei abgestimmt. Das ist gut und wichtig; denn die GRÜNEN in Schweden haben Verantwortung übernommen. Wir als SPD tun das seit Jahrzehnten gemeinsam mit unseren Schwesterparteien in ganz Europa. Wir tauschen uns aus und stimmen uns ab. Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Man muss nämlich auch im eigenen Land Verantwortung für Land und Leute übernehmen. Das ist die andere Seite der Medaille. Diese Verantwortung wollen Sie nicht übernehmen. Deswegen haut Ihre gesamte Argumentation nicht wirklich hin. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU) Präsident Dr. Matthias Rößler: Das war Herr Kollege Vieweg für die SPD-Fraktion. – Ich sehe eine Kurzintervention. (Jörg Vieweg, SPD, bleibt am Rednerpult stehen.)

Liebe Frau Dr. Pinka, ich schätze Sie und habe vor Ihrer fachlichen Expertise hohen Respekt. Davon kann ich in den nächsten fünf Jahren sicherlich viel lernen. Diese Möglichkeit werde ich auch wahrnehmen. Wenn Sie mich kennen würden, wüssten Sie das. Ansonsten sollte die Antwort auf die Frage eher die Staatsregierung geben; das wird sie vielleicht auch tun. Ich kann Ihnen darauf wirklich keine Antwort geben. Aber Sie können ganz sicher sein, dass ich Respekt vor Ihnen und Ihrer Expertise habe.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Kollege Lippold, wir drehen uns hier ein bisschen im Kreis. Das ist zumindest die Sichtweise meiner Fraktion und auch meine ganz persönliche. Wir sehen das anders. Wir sagen: Um die Ausbauziele zu erreichen, müssen wir auch nach 2025 eine Perspektive haben, um die Braunkohle, vielleicht zukünftig auch weiter stofflich, nutzen zu können. Deshalb ist für uns die Vorgehensweise der Staatsregierung und der Planungsbehörden in Ordnung. Wir vertrauen darauf. Am Ende setzen darauf auch die Menschen in der Lausitz. Mehr kann ich Ihnen darauf nicht antworten. Danke.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und der CDU)